

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 8

Artikel: Eindrücke einer Brasilienreise
Autor: Bringolf, Walther
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337035>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WALTHER BRINGOLF

Eindrücke einer Brasilienreise

Vom 24. Juli bis 1. August 1958 fand in Rio de Janeiro die 47. Konferenz der Interparlamentarischen Union statt. Die Interparlamentarische Union ist eine Vereinigung, die schon vor dem Ersten Weltkrieg entstand und der nahezu 50 Länder angehören. Nach dem Krieg haben sich vorübergehend die Sowjetunion und die Satelliten an den Konferenzen der Union nicht mehr beteiligt, sind aber bald wieder erschienen und haben Aufnahmegesuche gestellt. Die Interparlamentarische Union führt ein ständiges vollamtliches Generalsekretariat in Genf. Ihr sind beispielsweise die Parlamente Großbritanniens und der Vereinigten Staaten kollektiv angeschlossen. Dasselbe gilt auch für andere Länder. In der Schweiz verkörpert den Anschluß die Gruppe der Interparlamentarischen Union, welche sich aus Mitgliedern des Ständerates und des Nationalrates zusammensetzt. Die Interparlamentarische Union ist zurzeit neben den Vereinten Nationen das einzige Forum, welches Angehörige der Parlamente aus allen Ländern und allen Erdteilen vereinigt und zu gemeinsamen Gesprächen zusammenführt. Verbindliche Beschlüsse, die Rückwirkungen haben auf die einzelnen Länder, kann die Union nicht fassen. Trotzdem wird mit einem erstaunlichen Ernst diskutiert und werden die gegenseitigen Beziehungen mit einer gewissen Konzilianz und Bereitschaft zur Verständigung gepflegt. Die Fragen der Sicherung des Friedens, der Atomwaffen und der Atomwaffenexperimente haben die Union einläßlich beschäftigt. Ost und West vertreten ihren Standpunkt. In den Abstimmungen sind alle Amendments der Vertreter der Oststaaten unterlegen. Trotzdem haben diese unter der Führung der sowjetrussischen Delegation am Schluß der Resolution zugestimmt, so daß sie einmütig angenommen werden konnte. Ähnlich verlief die Beratung der Probleme der Investition ausländischen Kapitals für die sogenannten unterentwickelten Länder oder die Diskussion über die demokratischen und repräsentativen Institutionen und ihre Entwicklung in Ländern, die noch nicht ihre volle Autonomie erreichten, also noch halbkolonial geleitet sind. Schließlich wurde auch eine Resolution über den Austausch gegenseitiger geistiger Beziehungen zwischen den Nationen und gegenseitiger freier Infor-

mationen beschlossen, die ausdrücklich auf die Notwendigkeit gegenseitiger kultureller Verbindungen hinwies.

An der Konferenz in Rio de Janeiro, die im Gebäude der Deputiertenkammer des Landes Brasilien stattfand, waren Deutschland, Amerika, Australien, Österreich, Belgien, Burma, Brasilien, Bulgarien, Ceylon, Chile, Dänemark, Spanien, Frankreich, Ghana, Großbritannien, Haiti, Ungarn, Indonesien, Irak, Iran, Irland, Israel, Italien, Japan, Laos, Liberia, Luxemburg, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Niederlande, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, Sudan, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Thailand, Tunesien, Türkei, Sowjetunion, Vietnam, Jugoslawien vertreten. Einige Mitglieder, die der Organisation ebenfalls angehören, waren nicht vertreten. Die Vereinten Nationen, die UNESCO und die Internationale Arbeitsorganisation in Genf hatten Beobachter abgeordnet. Überdies war anwesend der Generalsekretär der Organisation der lateinamerikanischen Staaten.

Ich benützte meinen Aufenthalt natürlich, um Eindrücke zu sammeln, Beobachtungen zu machen und mir ein Bild über die Hauptstadt des Landes Brasilien zu verschaffen. Leider reichte die Zeit nicht für einen längeren Aufenthalt. In dieser kurzen Zeit aber gelang es doch, eine ganze Anzahl von interessanten Informationen über Brasilien in Erfahrung zu bringen. Brasilien nennt sich eigentlich offiziell «Vereinigte Staaten von Brasilien» und besteht aus 20 Einzelstaaten und 5 Territorien. Die Bodenfläche mißt über 8,5 Millionen Quadratkilometer. Die Zahl der Einwohner wird auf etwa 61 bis 62 Millionen geschätzt und die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer mit etwa 7 Einwohnern angenommen. Von den etwa 460 000 Kilometern Straßen sind höchstens aber 6000 Kilometer mit einem staubfreien Belag versehen, asphaltiert oder besitzen Betonbeläge. Die Hauptprodukte der Landwirtschaft sind Mais, Reis, Kaffee, Baumwolle, schwarze Bohnen, Zuckerrohr, dann aber auch etwas Kakao, Weizen, Mandeln, Tabak und andere. Zurzeit sitzen die Brasilianer auf etwa 25 Millionen Säcken Kaffee, der unverkäuflich ist. In der Industrie, die sich in den Anfängen befindet, dürften etwa 800 000 bis 900 000 Arbeiter beschäftigt sein. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist rund eine Million, und alles in allem spricht man von etwa zwei Millionen Arbeitern in Brasilien. Unter den sechs großen Städten des Landes ist Rio de Janeiro die Hauptstadt, von Sao Paulo, das etwa 500 Kilometer südlich von Rio liegt, bereits überflügelt. Man rechnet, daß in Sao Paulo etwa 3,5 Millionen Einwohner gezählt werden. Etwa 60 Prozent sämtlicher Industrieunternehmungen haben ihren Sitz in Sao Paulo. Diese Stadt liegt einige hundert Meter über Meer, klimatisch also etwas angenehmer als Rio de Janeiro, und weist sehr viele Deutsche und Italiener, Einwanderer der letzten Jahrzehnte, auf, während im Hinterland von Sao Paulo große, etwa eine halbe Million starke Kolonien von Japanern in der Landwirtschaft tätig sind. Rio de Janeiro ist Regierungssitz, liegt

nicht an einem Fluß, sondern am Meer. Sein Name ist auf einen Irrtum des Entdeckers der Bay von Guanaraba zurückzuführen. Die Entdeckung geht auf das Jahr 1500 zurück. Rio de Janeiro selbst hat einen beinahe sagenhaften Ruf. Seine Lage, seine Wolkenkratzer, seine «Fawellas», das sind die Siedlungen der Eingeborenen und einheimischen Schwarzen, sind mit zahlreichen romantischen Schilderungen, echten und schönen Naturerlebnissen und erschütternden Eindrücken sozialer Rückständigkeit und sozialen Elends verbunden.

In Rio de Janeiro und in vielen andern Städten Brasiliens gibt es nur zwei Hauptschichten der Bevölkerung, Arme und ganz Reiche. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, aber es gibt eine beängstigende Inflation. Ein Schweizer Franken entspricht zurzeit, je nach dem Tageskurs, 32 bis 35 Cruzeiros. Die Teuerung steigt. Bei näherem Zusehen stellt man fest, daß die Stadt, städtebaulich gesehen, total verdorben ist. Unrettbare Schläge sind der städtebaulichen Entwicklung durch die wilde Spekulation versetzt worden. An sich ist die Stadt unschön, ja sogar häßlich. Aber die Landschaft und das Meer versöhnen, mildern den Eindruck, und die Morgen- oder die Abendstimmungen gleichen aus und nehmen die massive Ansammlung von Wolkenkratzern am Strande von Copacabana, dem Hotel- und Luxusviertel Rio de Janeiros, mitleidig auf. Das Jahr 1850 und das Jahr 1958 sind in Rio de Janeiro und in seiner Umgebung, wenn man an die zivilisatorische und soziale Entwicklung denkt, zu finden. Ein unerhörter Zusammenstoß zwischen westeuropäischer Zivilisation mit allen ihren Auswüchsen, Mißbildungen und andern Begleiterscheinungen erfolgt hier mit sozialen und kulturellen Verhältnissen, die noch 100 oder 200 Jahre zurückliegen. Im Innern des Landes sind die Verhältnisse noch weit mehr zurück, besonders dort, wo die eingeborenen Indianer noch nie einem weißen Mann begegnet sind oder noch mit Pfeil und Bogen jagen und ihre Pfeilspitzen mit Curare, dem Schlangengift der Kobras, versehen, um Tiere oder Feinde geräuschlos zu töten.

In Rio de Janeiro sind etwa 40 Prozent der Bevölkerung Neger, also Schwarze. Sie stammen fast ausnahmslos aus der Zeit der Herrschaft der Portugiesen, die das Land entdeckten und unterwarfen und sich lange behaupteten. Die Portugiesen trieben einen schwunghaften Sklavenhandel zwischen Afrika und Südamerika und haben insbesondere Brasilien, Mittelamerika und Nordamerika das schwarze Elfenbein geliefert. In Rio de Janeiro gibt es etwa 40 bis 50 Prozent Analphabeten. Eine ebenso große Zahl von Schulkindern kann die Schule nicht besuchen, trotz der obligatorischen Schulpflicht, weil keine Schulräume bestehen. Wo keine Schulräume bestehen, gibt es auch keine Lehrer, und so wachsen die Kinder, meist Schwarze oder Mulatten, ohne lesen und schreiben zu lernen, auf. Die Analphabeten haben kein Stimmrecht, heißt es. Man weiß, daß jedoch bei

den Wahlen, und sie finden soeben wieder statt, keine Mittel gescheut werden von den einzelnen Parteien und von den einzelnen Kandidaten, um auch die Analphabeten als «stimmberechtigt» auszunützen. Schulen zu schaffen und Schulhäuser zu bauen, ist nicht interessant. Es bringt keinen Profit. Zwar gibt es ein 24stöckiges Gebäude, in dem das Erziehungsministerium sitzt. In andern gewaltigen 24stöckigen Bauten befinden sich das Finanzministerium, das Kriegsministerium oder das Arbeitsministerium. Über 78 000 Staatsbeamte sollen sich in Rio de Janeiro befinden. Sie beziehen jeden Monat ihren Lohn. Würden sie alle gezwungen sein, am gleichen Morgen und zur gleichen Stunde an ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen, so würde man die merkwürdige Feststellung machen, daß für viele Tausende überhaupt kein Arbeitsplatz vorhanden ist. Trotzdem beziehen sie ihren Lohn, liegen, da das ganze Jahr ein mildes Klima herrscht, tagsüber am Strand von Copacabana oder von Flamengo oder gehen sonst ihrem privaten Vergnügen nach und lassen sich gelegentlich auch einmal auf einem Büro blicken. Ohne gute Beziehungen zur Bürokratie bis weit hinauf kann kein Geschäft getätigt werden. Man sagte mir, daß 24 Dokumente amtlicher Natur nötig sind, um einen einzigen Sack Kaffee zu exportieren.

Über eine halbe Million Schwarze wohnen in den Niedersiedlungen in und um Rio de Janeiro, auch in der Hauptstadt der Provinz Niteroi, und die Armseligkeit dieser Siedlungen ist kaum zu beschreiben. Es herrschen Zustände, wie sie in Europa noch vor 100 und 200 Jahren sich vorfanden. Staatspräsident Kubitschek, ein in Brasilien geborener Nachkomme tschechoslowakischer Einwanderer, will nicht zuletzt wegen der Korruption im Staatsapparat weg von Rio und eine neue Hauptstadt, Brasilia, schaffen. Die ersten Bauten, 1200 Kilometer von Rio de Janeiro entfernt, sind bereits im Entstehen. Sie sind modern, weil Brasilien nicht nur Niemeyer, einen der fähigsten und modernsten Architekten besitzt, sondern auch zahlreiche andere Architekten, die der modernen Bauerei ihren Tribut zollen. Kubitschek und die Regierungspartei sind für diese Hauptstadt eingenommen. Die andern Parteien sind dagegen, und das Volk in seiner Mehrheit ist desinteressiert. Trotzdem ist die Idee kühn und gut. Allein wenn Kubitschek 1960 nicht mehr gewählt wird, eine andere Partei ans Ruder kommt, wird Brasilia halbfertig als «Neue Stadt» vorhanden sein und die Partei, die wieder oder neu zur Macht gelangt, auf keinen Fall das Werk Kubitscheks fortsetzen. Das ist bisher so üblich.

Die Parteien? Wir hatten am 29. Juli eine kleine Konferenz mit den Vertretern der demokratischen Sozialisten von Rio de Janeiro und São Paulo und zwei Mitgliedern der brasilianischen Delegation, die ebenfalls Sozialisten sind. An dieser Zusammenkunft im Parlamentsgebäude ließen wir uns von den Freunden und Parteigenossen orientieren. Brasilien gilt als wirtschaftlich in der Entwicklung weit zurückgebliebenes Land, trotz den

Wolkenkratzern von Copacabana und Sao Paulo. Die einzelnen Regionen und Staaten sind sehr unterschiedlich entwickelt. In der Politik sind zwei Strömungen erkennbar. Eine Strömung will die Industrialisierung vorwärts treiben, und zwar auf nationaler Grundlage und möglichst unabhängig vom ausländischen Kapital. Diese Strömung zwingt heute schon viele Unternehmungen aus Europa und Amerika, in Brasilien selbst Produktionsstätten zu eröffnen und einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Eine andere Strömung will die industrielle Entwicklung, die Erschließung der Verkehrswege und der Verkehrsmittel mit ausländischem Kapital, insbesondere Kapital aus den Vereinigten Staaten, durchführen. Präsident Kubitschek vertritt die erstere Strömung. Er ist Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens. Diese sozialdemokratische Partei nennt sich zwar so, hat aber gar nichts mit einer sozialdemokratischen Partei zu tun. In ihr sind die großen Kapitalisten maßgebend. Wähler sind allerdings Angehörige des einfachen Volkes aller Farben. In Opposition zu dieser Partei steht die Nationaldemokratische Union, eine Partei konservativer Richtung. Ihr gehört die Oberschicht an, eine Oberschicht, die sich aber ebenfalls aus der faschistischen Ära Getulio Vargas auf das arbeitende Volk in Stadt und Land stützt. Die Partei der Arbeit oder die Arbeiterpartei ist von Vargas einst selbst gegründet worden, also eine Art Regierungspartei mit der Aufgabe, die Arbeiter zu sammeln und zu verhindern, andern Parteien, insbesondere der wirklichen Sozialistischen Partei, oder freien Gewerkschaften beizutreten. Verboten ist die Kommunistische Partei. Seit 1947 bestehen keine Beziehungen diplomatischer Art mit der Sowjetunion. Aus irgendeinem Grunde wurden sie abgebrochen. Der Abbruch war der Vorwand für das Verbot der Kommunistischen Partei, die damals die stärkste Partei in Brasilien geworden war. Die maßgebenden Politiker sahen darin eine große Gefahr, und es gelang ihnen, die Partei nicht nur zu verbieten, sondern auch zu unterdrücken. Meine Informationen sind widerspruchsvoll, was die Kommunistische Partei betrifft. Die einen sagen mir, und es sind unsere eigenen sozialistischen Freunde, daß die Kommunistische Partei praktisch in einem Auflösungsprozeß sei und mehr und mehr abbröckle. Der Zweck des Verbotes sei also erreicht worden. Andere erklären das Gegenteil. Zahlreiche Intellektuelle in Rio de Janeiro und Sao Paulo, in Recife oder in Santos seien Kommunisten. Viele Hafenarbeiter und Industriearbeiter seien Kommunisten. Einheimische behaupten sogar, daß zurzeit 300 brasilianische Arbeiter sich in der Sowjetunion befinden, um dort eine Art Schulungskurs zu absolvieren.

Die Sozialistische Partei Brasiliens ist neu und jung. Sie besteht 12 Jahre. Ihr gehören meistens Einwanderer oder ehemalige Einwanderer, also deren Söhne, an. Ehemalige Deutsche, Italiener oder auch Franzosen oder Spanier, die zu Hause Sozialisten oder Gewerkschafter waren, auswanderten, beziehungsweise einwanderten, schließen sich *vielleicht* der Sozialistischen Partei an.

Sie ist aber klein und zählt nur 10 000 Mitglieder. Am stärksten ist sie in São Paulo. Sehr schwach ist sie in Rio de Janeiro. Die Partei darf der Sozialistischen Internationale nicht angehören, weil die Gesetzgebung aus der Zeit des faschistischen Regimes Getúlio Vargas' noch immer gilt und es den Parteien verbietet, internationale Beziehungen zu pflegen. Das kann als Hochverrat Vorwand zu einem Verbot werden.

Die Mischung von Nationalismus, Faschismus und Sozialismus in der Politik des Landes ist unverkennbar. Europäische Maßstäbe versagen. Denn innerhalb dieser Mischung und den sich daraus ergebenden gesetzlichen Vorschriften herrscht das Faustrecht. Das Gesetz wird umgangen. Wer ein armer Teufel ist, bleibt ein armer Teufel. Wer nicht über Leichen gehen kann, um sich durchzusetzen, bleibt unten oder geht sogar unter. Und doch müssen alle Parteien den Arbeitern gewisse Zugeständnisse machen. Darum gilt ein Mindestlohn. Er beträgt zurzeit 3300 Cruzeiros im Monat. Für ein Normalehepaar, zwei Kinder mit Eltern, die nach europäischen oder sagen wir schweizerischen Maßstäben leben wollten, wären monatlich 20 000 Cruzeiros notwendig. Ein gelernter Arbeiter erhält vielleicht 7000 bis 9000 Cruzeiros. Aber in einem Betrieb einer bekannten Schweizer Firma, der etwa 200 bis 250 Leute, Ungelernte, Angelernte und Gelernte, beschäftigt, quittiert der größte Teil der Arbeiter seinen Zahltag heute noch mit dem Daumen. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden in fünf Tagen. Der Samstag ist frei. Nach zehn Jahren Beschäftigung im gleichen Betrieb darf ein Arbeiter nicht mehr entlassen werden. In den (bewilligten) Gewerkschaften sind etwa 10 Prozent aller Arbeiter organisiert.

Und doch, das ist mein Eindruck, ist Brasilien ein Land der Zukunft. Schwere Spannungen und schwere Kämpfe stehen diesem Lande noch bevor. Die Spannungen sind latent vorhanden. Die Kämpfe werden kommen. Über-Jahrzehnte hinweg muß eine Entwicklung gehen, um diesem Lande, das eine größere Bodenfläche besitzt als die Vereinigten Staaten, seinen Platz in Südamerika und in der Welt zu verschaffen. Das dauert 50, das dauert vielleicht 100 Jahre. Man kehrt zurück, tief beeindruckt von einer andern Welt, von der Überzeugung, daß die Entwicklung unserer Erde und ihrer Kontinente noch lange nicht abgeschlossen ist. Man kehrt aber auch zurück im Bewußtsein, daß wir Westeuropäer und unsere Zivilisation es verpaßt haben, bis heute eine wahrhaft kulturelle Mission in der Welt zu erfüllen. Investieren, nur um zu verdienen, genügt nicht, unsere Zukunft zu sichern. Man muß auch investieren können, um zu helfen, weil dann die kommenden Generationen die Früchte ernten. Denn trotz alledem: die Kontinente sind nahe zusammengerückt.